

Aurich: Enercon setzt zum Gegenangriff an

KONFLIKT Windkraftanlagen-Hersteller meldet sich erstmals im Streit über Betriebsräte zu Wort

Vorwürfe der IG Metall weist das Unternehmen zurück. Doch die Gewerkschaft bleibt bei ihrer Kritik.

VON JOCHEN BRANDT

AURICH/LEER/BERLIN - Lange hatte sich das Unternehmen in Schweigen gehüllt, nun hat sich der Auricher Windkraftanlagen-Hersteller Enercon im Streit über den Umgang mit Betriebsräten doch noch zu Wort gemeldet. In einem Schreiben weist das Unternehmen alle Vorwürfe von Arbeitnehmervertretern sowie Gewerkschaftern zurück – und geht zum Gegenangriff über: „Wir bedauern, dass einzelne Vertreter der IG Metall öffentliche Aussagen treffen, die nicht den Tatsachen entsprechen.“

Wie berichtet, streiten die Gewerkschaft, Arbeitnehmervertreter und Enercon seit Monaten über die Mitbestimmung bei dem ostfriesischen Unternehmen mit seinen vielen Tochterfirmen. Wiederholt hatte die IG Metall Vorwürfe erhoben, Mitarbeiter seien im Zuge von Betriebsratswahlen unter Druck gesetzt und schikaniert worden. An diesen Vorwürfen sei nichts dran, erklärte der deutsche Branchenprimus jetzt.

In der Mitteilung heißt es zu den Betriebsratswahlen bei „für Enercon tätigen Gesellschaften“ in diesem Jahr: „Es hat bei keiner dieser Wahlen eine Störung oder Behinderung durch die Geschäftsführung gegeben. Die Betriebsratswahlen wurden im Gegenteil durch die jeweilige Geschäftsführung unterstützt. Die Geschäftsführung hat weder auf die Aufstellung der Listen noch auf die Wahl selbst Einfluss geübt.“

Evelyn Gerdes, 1. Bevollmächtigte der IG Metall Leer-Papenburg, hielt gestern da-



Bei der Enercon-Tochter GZO in Georgsheil wird nicht nur flüssiges Metall gegossen, auch eine Betriebsratswahl gab es dort. Nach Angaben der IG Metall wurde die allerdings durch die Geschäftsführung gestört.

ARCHIVBILD: ENERCON

Der Fall Böttger

Im Streit mit Enercon hat die Gewerkschaft IG Metall unter anderem den Fall Böttger an die Öffentlichkeit gebracht. Nils-Holger Böttger ist Betriebsrat einer Enercon-Tochter in Magdeburg. Dem Mann sei zu Unrecht gekündigt worden, nachdem er sich für Leiharbeiter starkgemacht und später seinen Unmut über Enercon intern laut kundgetan hatte, so die IG Metall. Mit einer Unterschriftenliste – an der sich auch knapp 4000 Ostfriesen beteiligt haben – fordert die Gewerkschaft, das Kündigungsverfahren gegen Böttger einzustellen.

In der Stellungnahme von gestern weist Enercon die

Vorwürfe zurück. Vielmehr habe der Betriebsratschef „ohne Zustimmung der Geschäftsführung im Alleingang in die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit einem externen Vertragspartner der WEA Service Ost GmbH eingegriffen“. Der Vertragspartner habe daraufhin die Zusammenarbeit aufgekündigt – der WEA Service Ost sei dadurch „ein nicht unerheblicher wirtschaftlicher Schaden entstanden“.

Enercon und die Politik

Wie berichtet, hatten sich sechs führende SPD-Politiker aus Ostfriesland als Vermittler im Streit zwischen Enercon und Arbeitnehmervertretern angeboten. Die Fäden der Initiati-

ve laufen beim Krummhörner SPD-Bundestagsabgeordneten Johann Saathoff zusammen. Zudem hatten Auricher Ratspolitiker mehrerer Fraktionen gefordert, dass Bürgermeister Heinz-Werner Windhorst das Gespräch mit Enercon sucht.

In der Mitteilung des Unternehmens heißt es: „Enercon findet es ungewöhnlich, dass einzelne politische Entscheider, statt das Gespräch mit der Geschäftsführung zu suchen, über die Öffentlichkeit kommunizieren.“ Sozialdemokrat Saathoff wollte das gestern nicht bewerten. „Wir haben bei Enercon um einen Termin gebeten und werden das Gespräch abwarten“, hieß es aus seinem Büro.

gegen. Zwar gebe es Enercon-Töchter – etwa die Rotorblattfabrik im emsländischen Haren –, in denen die Betriebsratswahlen unterstützt von der Chefetage über die Bühne gegangen seien. Doch an anderen Standorten sei das nicht der Fall gewesen, so die Gewerkschafterin.

In der Enercon-Gießerei GZO in Georgsheil sei während der Wahlphase sehr wohl Druck ausgeübt worden, sagte Gerdes. Und nach der Wahl habe die GZO-Leitung von der Gewerkschaft unterstützte Kandidaten ver setzt.

Zwar stellt Enercon fest, dass „sämtliche etwaige Verzerrungen“ wegen „Änderungen in den Betriebsabläufen“ vorgenommen worden seien. Doch daran mag Gewerkschafterin Gerdes nicht glauben. „Wenn Beschäftigte, die sei Jahren auf einem Posten gearbeitet haben, direkt nach den Wahlen Aufgaben an anderer Stelle übernehmen sollen, ist das schon sehr merkwürdig.“ Zudem seien Betriebsratskandidaten abgemahnt worden.

Offenbar will Enercon vor allem den Einfluss der Gewerkschaft so klein wie möglich halten. In der Mitteilung heißt es zwar, mit Arbeitnehmervertretern arbeite man im Sinne der Mitbestimmung zusammen. Zugleich teilte das Unternehmen jedoch mit: „Wir wollen aber eine verbandspolitische Auseinandersetzung innerhalb des Unternehmens vermeiden.“

Dass damit die IG Metall gemeint ist, bestätigte ein Enercon-Sprecher gestern nicht. Ohnehin gab es – wie häufig bei dem Unternehmen – auf Rückfragen keine Antwort. Doch Gewerkschafterin Gerdes ist sich sicher: „Natürlich bezieht sich das auf uns.“ Die IG-Metallerin betonte zugleich, dass die Gewerkschaft „jederzeit offen für Gespräche“ sei.